



„Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar.“ (Ingeborg Bachmann)

Es brannte ringsum und Menschen starben

Seit rund 150 Jahren beschädigen und zerstören Finanz-, Handels- und Industriekapitalismus Klima und Umwelt weltweit. Diesen Sommer 2026 nun schlug die Natur erneut zurück: Unerträglich viele und lange Hitzeperioden, Flächenbrände, Hitzetote, ausgetrocknete Böden, Ernteaufschläge, Transportunterbrechungen. Fachleute warnen vor dauerhaften riesigen Hitzeperioden. Das Klima kotzt zurück. Bereits seit März 2019 fanden auch in Lindau Schülerstreik-Demonstrationen von



Klimastreik Lindauer Schülerinnen und Schüler am 20. September 2019.

„Fridays for Future“ und anderen Organisationen statt, zum Schutz des Klimas und nicht nur für Klimaschadensfolgen-Maßnahmen. Eines der dortigen Flugblätter mit dem Titel „Unsere Forderungen“ vom November 2019 enthielt folgenden Appell, welcher von der Masse der EntscheidungsträgerInnen allerdings nicht erhört bzw. nicht in die Tat umgesetzt wurde:

„1. Sagt die Wahrheit. Die Regierung muss die existenzielle Bedrohung der ökologischen Krise offenlegen und den Klimanotstand ausrufen. Alle politischen Entscheidungen, die der Bewältigung der Klimakrise entgegenstehen, werden revidiert. Die Regierung, die Medien und alle anderen gesellschaftlichen Institutionen müssen kommunizieren, wie dringend notwendig ein Umsteuern ist und was jeder Einzelne, jede Gemeinde und jedes Unternehmen dazu beitragen kann.

2. Handelt jetzt! Die Regierung muss jetzt handeln, um die vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis 2025 auf Netto-Null zu senken. Das Artensterben muss gestoppt werden und der ökologische Raubbau mit allen Mitteln eingedämmt und – wenn möglich – wieder rückgängig gemacht werden. Zentrales Ziel der Gesellschaft ist in Zukunft, das Klima und die Ökosysteme der Erde so zu stabilisieren, dass sie allen Menschen und allen Arten ein sicheres Zuhause bieten.

3. Politik neu leben. Die Regierung muss eine Bürger:innenversammlung für notwendige Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Die Regierung muss nach deren Beschlüssen handeln.“ Die Zeit drängt und die Regierungen haben dazu seither versagt. Die AfD will, dass die Klimakatastrophe grundsätzlich geleugnet und weiter in Richtung Abgrund gefahren wird.



Petition "Frieden in den Lehrplan". Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die Petition "Frieden in den Lehrplan". Die Petition fordert unter anderem, Friedensbildung von der Grundschule bis zur Oberstufe in die Curricula aufzunehmen. → zur Petition:

www.openpetition.de/petition/online/frieden-in-den-lehrplan

Wessen Aufrüstung gefährdet wen? Entgegen den üblichen Nachrichten wurden neulich folgende Aufrüstungsinformationen bekannt: Die europäischen NATO-Staaten einschließlich Kanada und ohne die USA

verfügen aktuell über 7.104 Kampfpanzer, Russland über 3.630 Exemplare, die genannten NATO-Staaten außerdem u.a. über 2.215 Kampfflugzeuge, Russland nur über 1.064. Wessen Militärmacht und Angriffspotential überwiegt?

Lindau-AeschacherInnen wollen ihre Kinderfestfeier wieder im Holdereggpark und sammeln dafür:

<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-die-rueckkehr-des-aeschacher-kinderfestes-in-den-holdereggpark>

Der nächste bundesweite Schulstreik gegen die Wehrpflicht wird am **25.9. 2026** stattfinden. Außerdem wird es am ersten Oktoberwochenende in Berlin zwei große Friedensdemonstrationen inklusive Konzertkundgebung und Straßenfest geben, an denen sich zahlreiche Schulstreikkomitees beteiligen. Carla aus dem Schulstreikkomitee Kiel freut sich darauf: »Wir werden den nächsten Schulstreik noch größer machen! Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften auf die Straße gehen und den Aktionstag des DGB am 26.9. 2026 unterstützen.«



DGB- Aktionswoche 12.-16. Oktober 2026:

Armut bedroht uns alle!

Die Aktionswoche 2026 „Armut bedroht alle“ stellt sich den Zukunftsfragen rund um die Themen der Sozialpolitik und der Armutsbekämpfung mit ihren zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie betreffen Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und den gesellschaftlichen

Zusammenhalt. Wie kann Armutsbekämpfung in Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden – bayernweit und vor Ort? Die Aktionswoche hat sich das Ziel gesetzt, Armut sichtbar zu machen, Betroffenen eine Stimme zu geben und unterschiedliche Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen: www.armutbedrohtalle.de

Der gewerkschaftliche Aufruf dazu:

„Die Gefahr eines direkten Krieges mit Russland, sogar eines Atomkrieges, wird immer größer. Deutschland wird kriegstüchtig gemacht. Die Regierung will, dass Deutschland erneut zur Führungsmacht wird. Deshalb soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Gesundheitswesen und Infrastruktur werden auf Krieg getrimmt, Meinungsfreiheit und demokratische Rechte eingeschränkt. Die Bundeswehr wird zur größten Armee Europas hochgerüstet. Weitreichende Erstschlagwaffen werden entwickelt. Sie sind gegen Russland gerichtet und machen Deutschland im Kriegsfall zum bevorzugten Angriffsziel. Wir wollen keinen Krieg. Wir wollen Frieden. Dafür gehen wir am 3. Oktober 2026 in Berlin und in Stuttgart auf die Straße.“

Wenn Menschen aktuell Wohngeld beziehen und ab dem 01.01.2027 ihren Anspruch durch die geplanten „Reformen“ verlieren, können sie einen Antrag nach Sozialgesetzbuch II, also auf Grundsicherung, stellen. Dies führt allerdings zu einer verschärften Einkommensprüfung – was sozialpolitisch ohnehin schon eine Katastrophe ist!

Fußgängerweg in Lindau-Zech gesperrt!

Seit dem Frühjahr 2026 fällt im Stadtteil Zech auf, dass der schattige Fußweg im westlichen Teil des Zechwaldes vom „Oberen Zech“ zum „Unteren Zech“ von den GTL Lindau gesperrt wurde (siehe Foto). Bewohnerinnen und Bewohner des Zech kritisieren dies heftig. Sie fordern die Wiederöffnung dieses Fußgängerweges mit keiner Gefährdung durch Autos und von Bäumen beschattet für Fußgänger, Kinderwagen und BenützerInnen von Rollatoren. Gegen den Missbrauch durch Fahrradfahrer und E-Scooter-Fahrerinnen müssen entsprechende technische Maßnahmen und eine deutliche Verbotsschilderung angebracht werden. Dies pünktlich zum Beginn des neuen Schuljahres 2026/27.

Interkulturelle Wochen Lindau 20.09. – 10.10.2026

Ziel der Interkulturellen Wochen ist es, den interkulturellen Austausch, das gegenseitige Verständnis sowie die lebendige kulturelle Völker-Vielfalt im Landkreis sichtbar zu machen und zu fördern.

Für Mitte September ist ein erneuter Lindauer **Trauerzug** gegen die gewalttätige Politik der israelischen Regierung, Polizei, des Militärs sowie des Justizapparates gegen die im „Westjordanland“ sowie im Gaza-Streifen lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser geplant.

